



Wie Hollywood das Netz übernehmen will:

Der ACTA-Pakt

Seite 6

Das Halbtagsinternet:
JMStV: Auf ins
„saubere“ Kindernetz

Seite 6

Soziales in der Partei:
ReSET ja. Aber
Grundeinkommen?

Seiten 3 & 8

Permanente Entwicklung:
Deutschland und die
Demokratie

Seite 9

Ahoi, liebe Lesende!

EDITORIAL Eine Studie an der Uni Bamberg zeigt: 17 von 100 Wählern können sich vorstellen, der Piratenpartei ihre Stimme zu geben. Wenn sie nur mehr darüber wüssten ...

Hier soll diese Piratenzeitung unterstützen. Als Service und Dienstleistung für alle aktiven Gruppen, Verbände bringen wir eure Themen auf Papier. Ihr schreibt, wir drucken und liefern. Erstes Projekt ist diese zwölfseitige Nullnummer, um uns selbst und allen Interessierten zu zeigen: das schaffen wir. Dann folgt periodisch alle 3 Monate die 32-seitige Piratenzeitung für die pirateninteressierte Öffentlichkeit. Es geht um längere, informative Texte zu den politischen Themen der Piraten. Zu einem Druckpreis um die 12 Cent (zuzüglich weiteren Cents für Versand) können wir

viele Informationen weiterreichen, die dem einen oder anderen helfen, die Piraten besser zu verstehen, zu unterstützen, mit anderen über Piratenthemen zu sprechen. Die heißbegehrte Wählerstimme ist dann hoffentlich Ergebnis unserer Bemühungen.

Wir machen das für euch da draußen als Service. Nicht jeder hat Zeit und Lust sich mit Druckvorlagen, Redaktionsarbeit und Terminplänen zu beschäftigen. Wir schon. Auch möchten wir die jetzt schon aktiven Öffentlichkeitsarbeiter, Autoren, Blogger, Twitterer, Grafiker, Layouter, Fotografen,

Texter, Zeichner, Humoristen, Marketinggenies und Organisationstalente aufrufen, unsere AG mit Input zu versorgen.

Was sonst noch geht ...

Wir haben viele Ideen und möchten mit Dir noch mehr Ideen finden und was immer am schönsten ist, viel Gutes und Sinnvolles in echte Produkte zum Anfassen umsetzen. Piraten-Bücher? Wahlkampfzeitung? Kernthemen-Prospekte? - Vieles ist möglich - dies ist eine Einladung dazu:

Schaut mal rein auf

► www.piratenzeitung.de

Eure Meute von der AG Piratenzeitung

WWF präsentiert „grünes Dateiformat“



Täglich werden tonnenweise, wälderweise Bäume gefällt und verarbeitet um bedruckt und all zu oft umgehend im Papierkorb entsorgt zu werden. Täglich würden in Europas Büros durchschnittlich 31 Seiten von jedem Mitarbeiter ausgedruckt - und davon 7 nach wenigen Minuten weggeworfen, macht Eberhard Brandes, Geschäftsführer der Naturschutzorganisation World Wide Fund (WWF) Deutschland, bewusst. Seine Organisation hat ein Dateiformat vorgestellt, dass man nicht drucken kann. Dabei handelt es sich um ein PDF mit deaktivierter Druck-Möglichkeit, dass aber in jedem üblichen Leseprogramm geöffnet werden kann. Der WWF will mit dieser Aktion einen Beitrag für einen bewussteren Umgang mit Papier leisten. Wer unnötige Ausdrücke vermeide, schütze den Waldbestand und entlaste die Umwelt. Darum werden auch wir diese digitale Fassung unserer Zeitung undruckbar ausliefern, denn die gedruckte Zeitung schicken wir Ihnen gerne zu. Weitere Infos zum Format: ► <http://saveaswwf.com/de/>



CC-BY-SA: Jürgen Matern

Mach mit!

Hier könnte Dein Text stehen

Koordinatoren/ Organisatoren, Redakteure, Fotografen und Bildredakteure, Illustratoren/Zeichner/ Cartoonisten, Humoristen Vertriebsprofis und sonstige Helfer können wir sehr gut gebrauchen.
mailto:mitmachen@piratenzeitung.de
<http://piraten.in/zeitung>

KOMPASS

wird herausgegeben von Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. **Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!**

<http://kompass.im>
kompass.piratenzeitung.de
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Piratenzeitung

Mitwirkende:

- Joshua Brück Koordination
- Fabian Drywa Koordination / Redaktion (V.i.S.d.P) / Bildredaktion
- Andre Trecksel Layout & Design / Grafik / Redaktion / Bildredaktion
- Stefan Müller Grafik & Illustration / Redaktion / Bildredaktion / Foto
- Ulrics Redaktion / Cartoons & Comics
- Armin Fasold Koordination / Coding
- Philipp Neumann Redaktion et al. (s. CC-Vermerke)

Postanschrift der Redaktion:

Marienburgstraße 18
26389 Wilhelmshaven

Postanschrift des Vereins:

Verein in Gründung

AboService & Vertrieb:

kompass.abo@piratenzeitung.de



Kopieren erlaubt!

Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet) und dürfen für nichtgewerbliche Nutzung (NC) unverändert (ND) kopiert, vervielfältigt und verbreitet werden, sofern die Urheber genannt werden (BY) in den Kopien, welche unter den gleichen Lizenzbedingungen veröffentlicht sein müssen. Beispiel eines Vermerks: CC-BY-NC-ND: Max Mustermann / Kompass
Fragen richten Sie bitte an: lizenz@piratenzeitung.de
Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft

PIRATENZEITUNG

www.piratenzeitung.de



Backbord gen Innsul Utopia?

SOZIALPOLITIK Soll sich die Partei nur um Netzthemen kümmern?

CC-BY-SA: AG Sozialpolitik

Was zunächst einmal verwirrend klingt, ist dank der Beschlüsse vom letzten Bundesparteitag in Chemnitz Realität geworden. Die Piratenpartei hat zum ersten Mal Stellung bezogen und sich für das „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ (kurz #ReSET) ausgesprochen. In dieser Klarheit tut dies keine andere Partei. Damit sind sie jetzt in der Pflicht, aus dieser Phrase etwas Greifbares zu machen. Denn was bedeutet das eigentlich?

Klar ist: Es ist eine Abkehr und klare Absage an schlaue Sprüche wie „Wer essen will soll arbeiten gehen“. Es ist die Erkenntnis, dass wir eigentlich in einer komfortablen Situation leben und dass sich die Welt weg bewegt von der Erwerbsarbeit hin zur Arbeit um sich selbst zu verwirklichen.

Dies zu verstehen und zu akzeptieren, ist nach so vielen Jahren der Vollbeschäftigungs-Predigten natürlich sehr schwer. Die alteingesessene Politik, die eigentlich nur den Kon-

zernen oder Gewerkschaften hofiert, sieht in der Vollbeschäftigung das Maß aller Dinge, weshalb Erwerbsarbeitslose stigmatisiert und als Außen-seiter abgestempelt werden. Doch eigentlich ist es vollkom-

.....

ReSET: „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“

.....

men natürlich, dass sehr viele Menschen auf sogenannte „Transferleistungen“ angewiesen sind, und die wenigsten davon tauchen in irgendeiner offiziellen Statistik auf.

Denken wir nur an die Kinder, an diejenigen Personen in einer Lebensgemeinschaft die sich Vollzeit um den Haushalt kümmern, an Rentner und ... und ... und ...

Aber dank Schröders Agenda 2010 und den ALG-II-Gesetzen wurde ein dermaßen hoher Druck auf dem Arbeitsmarkt

aufgebaut, so dass die Löhne sinken, Paare doppelt erwerbstätig sein müssen, Rentner sich etwas dazuverdienen - „aufstocken“ - müssen.

Der emotionale Druck, der hier aufgebaut wird, ist enorm

.....

und hat katastrophale Auswirkungen: Die Anzahl der Gewalttaten steigt, Kinder verwahrlosen, Jugendliche resignieren. Unsere Gesellschaft wird durch Neid und Missgunst zunehmend unmenschlicher. Die Piratenpartei ist einen Schritt zur Abkehr davon gegangen, indem sie klarstellte, dass das Recht auf eine gesicherte Existenz und ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe durch rein gar nichts beschränkt werden darf. Aber welche Lösungen bietet sie an?

Innerhalb der Piratenpartei geistern viele Ideen umher, die bekannteste von allen dürfte die, des (Bedingungslosen) Grundeinkommens sein, wobei diese Begrifflichkeit eigentlich missverständlich ist. Es gibt viele verschiedene Ansätze für diese Sache: Negative Einkommenssteuer, Solidarisches Bürgergeld, Gemeinnütziges Grundeinkommen, Sozialdividende. Wie auch immer man das Kind benennen mag, gemeint ist eigentlich immer ein sehr ähnliches Grundprinzip. Auch das unterscheidet sie von anderen Parteien; wo Linksorientierte immer von Mindestlöhnen sprechen und eher Rechtsorientierte aus wirtschaftstaktischen Gründen zum Sozialdarwinismus neigen.

Nun, wie geht es weiter? Die Zeit wird es zeigen; es gibt auf jeden Fall viel zu diskutieren. Die AG Sozialpolitik der Piratenpartei organisiert bereits seit längerem ein BarCamp speziell zu diesem Thema und lädt auch Dich dazu ein:

► <http://bit.ly/sozicamp>

Ständiger Begleiter

URheberRECHT Wohin führt der Weg?

Die Fragen und Probleme rund um das Urheberrecht und dessen angelsächsischen Cousin, das Copyright, haben maßgeblich zur Entstehung der Piratenbewegung beigetragen. Während die Positionen der Piraten - eine weitgehende Liberalisierung der entsprechenden Gesetze - und die der Medienindustrie - für den Erhalt und die ständige Ausweitungen der jetzigen Beschränkungen klar sind, müssen viele Fragen geklärt werden:

- Wie können Kulturschaffende in einer Welt mit „Piratenurheberrecht“ noch ihren Unterhalt verdienen?
- Woher kommt die Legitimierung für das Entziehen von Werken aus der Kontrolle ihrer Schaffer?
- Wie sollen die Gesetze mittel- und langfristig konkret verändert werden?

Der Mythos „geistiges Eigentum“

Der Begriff „geistiges Eigentum“ schafft beim Urheberrecht schon auf sprachlicher Ebene ein Bild, welches dann von den Verfechtern des restriktiven Urheberrechts gnadenlos ausgenutzt wird. Schließlich ist die Idee des „Eigentums“ leicht verständlich und dessen Wichtigkeit wird in unserer Kultur vollkommen zurecht nicht infrage gestellt. Sobald also die Schutzrechte an geistigen Werken mit dem Eigentumsbegriff verknüpft werden, kann in jeder Diskussion auf simple, wenn auch komplett falsche, Analogien zurückgegriffen werden. Schon ist jemand, der Musik aus dem Internet herunterlädt, ein „Dieb“, und eine Verkürzung von Schutzfristen kann sofort als „Enteignung“ abgetan werden. Bei genauerer Betrachtung aber wird klar, dass das materielle Eigentum kaum Gemeinsamkeiten mit

dem „geistigen Eigentum“ aufweist. Der offensichtliche Unterschied besteht in der fehlenden Knappheit von all dem, was als „geistiges Eigentum“ definiert wird. Eine gesellschaftlich notwendige Funktion des Eigentums besteht darin, Konflikte um knappe Güter - ob Sachen, Landflächen oder Geld - auf eine feste rechtliche Plattform zu stellen: ein Mensch ist Eigentümer und hat somit die alleinige Verfügung über das Gut und da dieses knapp ist, kann es nicht gleichzeitig Eigentum eines anderen sein. Werke hingegen sind in keiner Weise knapp; wird es weiterverbreitet, nachgeschrieben, nachgesungen, nachgemalt, geht dem ursprünglichen Schaffer nichts verloren.

Letztendlich bleibt den Verfechtern des „geistigen Eigentums“ nichts anderes übrig, als auf abstruse Begründungen über ein „Naturrecht“ auszuweichen. Jedoch kann man entgegen, dass ein Urheberrecht die Allgemeinheit zu Gunsten Einzelner enteignet. Als Grundlage für philosophische Debatten mag dies interessant sein; als Grundlage für politische Entscheidungsfindung, die das Leben von immer mehr Menschen auf der ganzen Welt tangiert, müssen jedoch endlich solidere Analysen der realen Situation Anwendung finden.

Die Lügen der Verwerterlobby

Wo auch immer versucht wird, Zweifel an den bestehenden Urheberrechtsgesetzen aufkommen zu lassen und die immer wieder geforderten Verschärfungen aufzuhalten, ist die Medienindustrie stets zur Stelle, um Weltuntergangsszenarien zu malen und ein Ende jeglicher Kultur zu prophezeien. Neben des bereits behandelten Begriffs „geistiges Eigentum“ wird das geltende Urheberrecht als Einkommensquelle für Kulturschaffende ausgelegt und dessen Liberalisierung entsprechend als direkter Angriff auf die Lebensgrundlage der Künstler. Doch wieviel Wahrheit ist an diesen Behauptungen?

Betrachtet man die Musikindustrie - eine der lautstärksten Verfechter der „Pirateriebekämpfung“ - so genügt schon ein flüchtiger Blick auf die Zahlen, um die wirklichen Nutznießer der bestehenden Regelungen zu erkennen. Während der, oft als „goldenes Zeitalter“ der Musikindustrie angepriesenen, '90er Jahre gingen von einer 10-Dollar-CD nur etwa 50 Cent an die Künstler. Wenig anders sieht es in anderen Kulturbereichen aus.

Diese Situation entstand gewissermaßen aus Sachzwängen: die Aufnahme und Vermarktung von Werken war früher eine Aufgabe, die nur etablierte Firmen, nicht aber der einzelne Künstler stemmen konnten. Es besteht aber weder ein Grund, eine solche Verteilung als natürlich anzusehen, noch sie künstlich am Leben zu erhalten, da diese Sachzwänge sich im Internetzeitalter weitgehend auflösen.

Eigentlich sollte es nicht die Aufgabe des Gesetzgebers sein, irgendwelche Geschäftsmodelle zu erfinden oder deren Rentabilität zu sichern, sondern lediglich faire Rahmenbedingungen zu schaffen. Dennoch sollte der wirtschaftliche Aspekt nicht komplett ausgeblendet werden - Kultur nimmt einen besonderen Status ein, und deren Förderung auch auf gesetzgeberischem Wege sollte der Staat nicht komplett auslassen.

Zum Glück passt sich der Markt der Zeit schneller an, als es die Politik unter dem Druck der etablierten Medienindustrie kann. Neue Möglichkeiten zum Geldverdienen öffnen sich für Kulturschaffende weitgehend nicht trotz der „Kostenloskultur“ im Netz, sondern dank genau dieser. Während Politiker über kleine Anpassungen streiten oder die Restriktionen immer weiter auszubauen versuchen, entstehen immer neue, innovative Geschäftsmodelle, die es Künstler ermöglichen, direkt vom Nutzer für ihr Schaffen entlohnt zu werden. Ein sehr gutes Beispiel ist der Entgeltendienst „flattr“, der erst im März diesen Jahres ins Leben gerufen wurde und sich bereits über einen riesigen Anstieg der Nutzerzahlen freut.

Solange aber die Politik nicht umdenkt, werden diese Innovationen einen ständigen Existenzkampf führen müssen: neben den Problemen eines jeden neuen Geschäftsmodells müssen sie auch ständig mit einer Rechtsunsicherheit leben, dass durch die bestehende Lobby Gesetze so verändert werden, dass das Neue im Keim erstickt wird. Die Gesetze müssen geändert werden, um unabhängigen Kulturschaffenden wieder die Sicherheit über ihre eigenen Werke und Geschäftsmodelle zurückzugeben und sie unabhängig von der Kontrolle der Großindustrie zu machen.

Nicht zu vergessen sind dabei die Folgen eines Urheberrechts, was selbst die nicht-kommerzielle Nutzung rigide einschränkt und dessen (staatliche) Durchsetzung dazu führt, dass Grundrechte, wie die Unverletzbarkeit der Wohnung sowie das Brief- und Telekommunikationsgeheimnis unterminiert werden, bis hin zur „digitalen Todesstrafe“, einem generellen Internetverbot wie in Frankreich.

Gesetze dürfen nie an die Bedürfnisse nur einer Lobbygruppe angepasst sein, sondern eine gute Lösung für alle Beteiligten sein. Aus diesem Grunde: Klarmachen zum Ändern!

CC-BY-SA: Boris Turovskiy / AG Urheberrecht

JMStV: Auf ins „saubere“ Kindernetz

NETZPOLITIK Der Kampf der Medien gegen private Webseiten-Betreiber

tralamitti@kompass.im

Jugendschutz in Deutschland ist weltweit führend. Was in anderen Ländern frei an der Ladentheke ausliegt, ist in Deutschland indiziert oder zensuriert. Gerade im Computerspielbereich werden entschärfte Versionen nur für Deutschland produziert. Vor Gewalt strotzende Hollywood-Filme werden radikal geschnitten, damit sie noch die Ab-16-Freigabe erhalten. Bisher war das Web von solchen Zensurbestrebungen weitgehend verschont. Aber: wo Politiker sich profilieren möchten, wird mit der Zeit für jeden Lebensbereich eine Regulierung entworfen, und sei sie auch noch so welt- und praxisfremd. Hauptsache, man kann dann im Wahlkampf vorweisen, etwas für „die Kinder“ und gegen den „Schund aus dem bösen Netz“ getan zu haben. Verkompliziert wird die Aufgabenteilung aufgrund der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, die in Deutschland durch das Grundgesetz vorgegeben ist:

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien kann schon seit eh und je „Schriften, Ton- und Bildträger“ sowie Webseiten in die Liste der jugendgefährdenden Schriften eintragen: diese sind „indiziert“ und dann nur noch unter speziellen Bedingungen weiterzuverbreiten. Die Bundesprüfer arbeiten aufgrund des Jugendschutzgesetzes.

Die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) kümmert sich um private Telemedien wie TV und Rundfunk. Die KJM ist die Prüfzentrale für die Landesmedienanstalten. Jedes Bundesland hat eine. Wenn die KJM einen Problemfall feststellt und entscheidet, wird dieser zum Vollzug an die Landesmedienanstalt weitergereicht. Die KJM arbeitet auf Basis des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.

Die berühmt-berüchtigte jugendschutz.net-Institution ist ein Anhängsel obengenannter KJM, und kümmert sich speziell

um Internet-Probleme. „Freiwillige Selbstkontrollen“ haben Wirtschaftsverbände gegründet, so etwa zur Automaten-Selbstkontrolle. In der aktuellen Diskussion ist zur Zeit der „Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien“ (kurz: Jugendmedienschutz-Staatsvertrag oder

zentrieren, solche alltäglichen Verstöße aufzufinden und dafür Rechnungen an den Webmaster zu schreiben. Zum Beispiel wenn unser Webmaster eine Fanpage für ein Computerspiel ab 16 betreibt oder ein Bild verlinkt, welches für Personen unter 16 schädlich sein könnte. Das googelt der Anwalt oder seine unterbezahlten Helfer in

mal passiert. Er steht somit die nächsten Jahrzehnte unter verschärfter Beobachtung. Für Privatpersonen wird das Veröffentlichlichen der eigenen Meinung, ein hart erkämpftes originäres Bürgerrecht, zur großen Kosten- und Rechtsfalle. Wenn man als Bürger stets Angst vor Behörden, Kosten, und Anwalt haben muß -- sowie nach Abgabe der Unterlassungserklärung um wirtschaftliche Existenz fürchten muß, werden sich viele ins Private flüchten und für immer schweigen.

Der Kontrollwahn der vorgeblichen Jugendschützer ist grenzenlos: ein früherer Entwurf des 14. JMStV hätte Provider und Zugangsanbieter zum Internet verpflichtet, die gelieferten Inhalte zu kontrollieren. Damit bekäme man quasi frei Haus eine gigantische Zensurinfrastruktur. Dank zahlreicher Proteste gibt es diese „Provider-Haftung“ nicht mehr.

Wie auch bisher haben zahlreiche Experten in den Anhörungen zum Vertrag ihre Bedenken vorgebracht. Doch wie immer werden diese Bedenken vollständig ignoriert und bestenfalls in kleiner Dosis ins Gesetz integriert. Auch hier ist ein Demokratiedefizit zu sehen. Die Politik ist nicht bereit, Anregungen von Fachleuten aufzunehmen. Außer es ist gerade Wahl und Stimmenverlust droht.

So sieht es auch aus, nachdem der Landtag NRW aus machttaktischen Erwägungen den JMStV ablehnte. Die Piratenpartei hatte ihren Anteil daran. Zwei Piraten aus Nordrhein-Westfalen brachten in der Anhörung eine technische Stellungnahme vor.

Der Arbeitskreis Zensur sorgte in zahllosen Gesprächen für Aufklärung. Doch die Überzeugungsarbeit geht weiter. Die Jugendschutz- und Zensurbefürworter werden nicht aufgeben und eine neue Fassung vorbereiten. Für weitere Informationen folgende Seite aufsuchen: <http://ak-zensur.de>

„Freiwillige Selbstkontrolle“

JMStV). Seit April 2003 ist er in Kraft, und eine Neuregelung wird nun heiß diskutiert.

Was will diese Neuregelung: Kern der Debatte ist die geplante Einführung einer Alterskennzeichnung. Jede Webseite soll sich bewerten, für welche Altersgruppe sie zulässig ist. Gegner halten das für eine unmögliche Aufgabe angesichts der Vielfalt von Links, Internetinhalten, Benutzerkommentaren, die eine typische Webseite im Jahre 2010 so aufweisen kann. Von den neuen Regelungen profitieren:

- ▶ die Hersteller von Filtersoftware, denn die vorerst nutzerseitige Filterung wird mit dem neuen JMStV staatlich flächendeckend eingeführt

- ▶ größere Inhaltsanbieter, da sie ihre Verantwortung an eine Freiwillige Selbstkontrolle abgeben können, gegen Gebühr

- ▶ Für private Homepages gelten jedoch die gleichen Pflichten, der private „Anbieter“ kontrolliert sich unfreiwillig selbst. Wenn er einen klitzekleinen „Fehler“ macht, haftet er mit voller Strenge des Gesetzes höchstpersönlich und zwar mit allem, was er hat.

Der Webmaster steht so immer unter Rechtsunsicherheit, und wird möglicherweise zur Zielscheibe von Abmahnanwälten, Rechtsspezialisten, die sich einzig und allein darauf kon-

ein paar Minuten, und klickt ein paar Textbausteine zusammen. Ruckzuck, fertig ist der 300-Euro-Brief.

Vorsicht vor Links auf Filmtrailer. Die könnten nicht jugendgerecht sein. Ebenso gefährlich ist es, eine Seite für Kinder in die Homepage zu integrieren, da dann die gesamte Webpräsenz kindgerecht (ab 6 Jahre) sein muss. Ungeklärt ist, was mit den vielen Vereins-Homepages und Foren passiert. Wenn die ersten Vereine von Abmahnanwälten plattgemacht werden, geht ein Aufschrei durchs ganze Land, der bis zum Bundestag gehört wird. Eine Privatperson kann sich mit dem neuen JMStV nicht mehr erlauben, ein Forum oder gar Kommentare zuzulassen, wenn da keine „Freiwillige Selbstkontrolle“ als Blitzableiter bereitsteht. Abmahner und ihre Helfershelfer haben schnell inkriminierende Kommentare platziert. Dann geht es los.

Eine Besonderheit des deutschen Rechtssystems läßt die „Abmahnung“ zu, und der Abgemahnte hat oft keine andere praktikable Möglichkeit, die Anwaltsrechnung über mehrere hundert Euro zu zahlen sowie eine Unterlassungserklärung mit kommender heftiger Vertragsstrafe (5.000-10.000 €) zu unterschreiben, wenn etwas ähnlich gelagertes noch-



Der ACTA-Pakt

tralamitti@kompass.im

HINTERGRUND Wie Hollywood ab 2012 das Netz übernehmen will

ACTA - Hinter diesen harmlosen vier Buchstaben verbirgt sich ein internationales Abkommen mit enormem Zerstörungspotential. „Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement ist ein geplantes plurilaterales Handelsabkommen auf völkerrechtlicher Ebene“, definiert die Wikipedia. Stoff zum Einschlafen.

Doch Digital-Aktivistinnen wie die Piraten sind alarmiert: Im Geheimen ausgehandelt, fallen Wünsche und Interessen der Zivilgesellschaft unter den ACTA-Verhandlungstisch. Denn wie das bei drögen Themen gerne so ist: Hinter einem wohlklingenden Titel verbergen sich einige üble Paragraphen.

ACTA war einmal dazu gedacht, gezielt gegen den Import von gefälschten Marken-Arti-

keln vorzugehen. Das ist längst Vergangenheit. Der mittlerweile in der Endfassung vorliegende Vertragsentwurf spricht, nach zahlreichen Geheimgesprächen, eine völlig andere Sprache. Seit dem Wahlsieg von US-Präsident Barak Obama hat die Copyright-Lobby freie Fahrt. Als Dankeschön für die Unterstützung im Wahlkampf 2008 werden Interessen und Positionen der Rechtevertreter aus Musik, Film und Medien verstärkt gewürdigt.

So auch bei dem ACTA-Abkommen. Hineinverhandelt seitens der USA wurde nun das weite Feld des „Geistigen Eigentums“, der Monopol-Ansprüche auf Gedankliches aller Art. „Geistiges Eigentum“, das ist ein unscharfer Begriff.

Was kann das alles umfassen? Eine selbstgebrannte CD im Handgepäck? Ein Text auf einer Webseite? Eine Kopie im Copyshop? Ein Link in einer Mail? Eine 8 Wörter lange Schlagzeile aus der Zeitung, die in einem webbasierten Onlinedienst a la Twitter verbreitet wird? Ein Urlaubsvideo, mit etwas zufällig aufgeschnappter, copyrightgeschützter Musik im Hintergrund? Im Zweifel wird das ein Richter für dich entscheiden. Wenn du Pech hast, ist es einer aus Texas, USA. Dort wirst du dann verklagt. Das Urteil umfasst nicht nur die relativ geringe Nutzungsgebühr, sondern auch noch exorbitante Strafzahlungen, wie es nach US-Recht üblich ist. Jetzt kann man sagen: Texas ist weit weg. Doch

ACTA greift ein und rückt die Welt zusammen. Erstmal holen die Texaner deine Adresse rüber. Das können sie, denn dein Internet-Zugangsanbieter wird mit ACTA zu umfassenden Auskünften genötigt. Damit alles etwas schneller geht, wird dein Provider diese Auskünfte ohne weitere Prüfungen leisten.

Zwecks Vorbeugung und eigener Haftungsfreiheit sollen Provider Netzadressen sperren, die ihnen irgendein ACTA-Bevollmächtigter mitteilt. Das öffnet Tür und Tor für weitreichende inhaltliche Zensur. Bewundern darf man derartige Unterdrückungstechnologie in der aufstrebenden Weltmacht China. Die „Great Firewall“ sperrt allerlei Webseiten. Auf den Filterlisten landen dann

auch mit der Zeit andere, je nach herrschender Meinung unliebsame Inhalte.

Nun kennen sie dich in Texas. Der Prozess findet in einem Dir fremden Rechtssystem ohne deine Anwesenheit statt. Das Urteil fliegt (dank ACTA) über den großen Teich. Ist es dann in der Nähe deines Wohnortes angekommen, wird mit Hilfe der deutschen Justiz ein vollstreckbarer Titel generiert. Das bedeutet Mahnverfahren, Gerichtsvollzieher, Eidesstattliche Erklärung, Pfändung, eine vernichtete Existenz ...

In einem Land, wo Schwarzfahren und Ladendiebstahl weitestgehend unsanktioniert bleibt, soll „Geistiges Eigentum“ mit härtesten Strafen und ohne Rechtsschutz durchgesetzt werden.

„ACTA verpflichtet seine Unterzeichner, im Strafmaß für Urheberrechtsverletzungen auch Gefängnisstrafen ausdrücklich vorzusehen. Bisher souveräne Rechtsprechung wird dadurch den kommerziellen Interessen der Verwerterindustrie unterstellt“, schreibt die Piratenpartei in ihrem Positionspapier.

Und eines schönen Tages darfst du zahlen, und das nicht zu knapp. Vielleicht gibt es eine oder zwei Verwarnungen. Beim drittenmal erhältst du eine Weile Internetsperre. Der heute existenziell wichtige Netzzugang, mittlerweile Bestandteil von Hartz-4-Warenkörben, soll dir dank ACTA genommen werden können. Möglicherweise machst du dich auch we-

gen deiner Kopierverbrecherei strafbar. Dann stecken sie dich dank virtuellem „Geistigem Eigentum“ ganz real zu echten Verbrechern in ein echtes Gefängnis. ACTA wird die Gesellschaft nicht dazu bringen, das alltägliche private Kopieren moralisch zu verdammen, so die Position der Piratenpartei. Vielmehr werden unbezahlbare Schadensersatzklagen und völlig überzogene Gefängnisstrafen Millionen junge Menschen zu potentiellen Verbrechern erklären. Internet wird gefährlich, hinter jedem Link lauern Ärger, Kosten, Strafen. Die politische Entwicklung der letzten 60 Jahre wird im Netzbereich zunichte gemacht.

ACTA zwingt ganze Gesellschaften, nicht das völlig menschliche Verhalten des Tauschens, Teilen und Beschenkens einzustellen, sondern die Tauscherei besser zu verstecken. Die große Frage ist: Möchtest du in so einer Gesellschaft leben?

In einer Gesellschaft, in der nahezu jeder, wenn er Gesicht zeigt, etwas schreibt, gestaltet, an die Öffentlichkeit bringt: dann den Freiheitsentzug und Geldstrafen zu fürchten hat, mindestens jedoch den Netzanschluß gestrichen bekommt. In so einer Gesellschaft ist eine unbefangene demokratische Teilhabe nicht mehr möglich. Dann regiert die Angst, und melden darf sich nur, wer über ein dickes Bankkonto, eine grandiose Rechtsschutzversicherung und gutbezahlte Anwälte verfügt.

Der ACTA-PAKT konnte nur durch Tricks und Täuscherei zu dem werden, was er aktuell ist. ACTA entwickelte sich außerhalb des demokratischen Prozesses. Auf der einen Seite die „Geistige-Eigentum“-Lobby, auf der anderen Seite sehr indirekt legitimierte Vertreter aus der Politik, mit Lust auf Seitenwechsel. In einem demokratischeren Verfahren hätte ACTA nie eine Chance. Hinterhältig wird von irgendwelchen Unterhändlern aus der

EU-Kommission für uns „verhandelt“. Nur durch harten Druck wurden Verhandlungszwischenergebnisse überhaupt öffentlich. Schon alleine dieser Aspekt ist ein politischer Skandal, der ACTA für jeden Demokraten unmöglich macht. Am 24. November 2010 gab das EU-Parlament jedoch mehrheitlich grünes Licht und beauftragte die Kommission, die ACTA-Verhandlungen nach weitgehend eigenem Ermessen fortzuführen. Das ist Demokratiedefizit live und in Farbe. Nur noch die eigentliche ACTA-Zustimmung oder Ablehnung, das reine Ja oder Nein liegt jetzt in den Händen vom EU-Parlament.

Laut den Artikeln 5 und 6 des offengelegten ACTA-Vertragsentwurfes soll ein überstaatliches ACTA-Komitee eingerichtet werden, in dem Änderungen am Staatsvertrag nachträglich ohne den Gesetzgeber getätigt werden dürfen. So ganz praktisch, undemokratisch, 100% lobbykontrolliert darf ACTA durch unser Netz rasen, schnüffeln, filtern, sperren und sich dabei eigene Gesetze schreiben. ACTA ist maßlos und einseitig an den Wünschen einer Lobbygruppe orientiert. Hier werden von Lobby und Politik „Verträge zu Lasten Dritter“ geschlossen -- ein boshafter Pakt gegen die Zivilgesellschaft, die nicht mit am Tisch sitzen darf.

So hat ACTA das Potential für ein digitales Stuttgart 21, wenn viele Menschen erst einmal die Tragweite von ACTA-Regeln erkennen. Ein weiterer Ansehensverlust der Politik ist direkte Folge.

Vielleicht ein Ansehensverlust zuviel, wenn mehrere Dinge zusammenkommen. Das können wir unserem Land und Europa nicht zumuten! Das Risiko geht weit über ein simples Handelsabkommen hinaus.

Die Piratenpartei kämpft international gegen ACTA. ACTA ist vollumfänglich abzulehnen, die Verhandlungen sind zu stoppen, fordert die Piratenpartei Deutschland in ihrem Positionspapier. Die Art und Weise der Entstehung ist einer demokratischen Gesellschaft unwürdig, die Eingriffe in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stehen

in keinem Verhältnis zu dem erhofften Nutzen. Der Staat muß nicht Geschäftsmodelle aus der analogen Zeit ins Digital-Zeitalter retten. Das ist Sache des freien Marktes. Unternehmen sind gefordert, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, wenn sie überleben wollen. Die US-amerikanische Computerfirma Apple schuf mit iTunes die führende Verkaufsplattform für Digitalmusik. Die Musikindustrie klagte Napster, die Urtauschbörse für viele, in Grund und Boden. Der Wandel kennt kein Ende und ist durch Gesetze und Justiz nun einmal nicht zu stoppen. Getauscht wird stets mehr und immer wieder in allerbesten Qualität. Weil das einfach menschlich ist.

Es wird Zeit für Menschen, die bei ACTA mitreden. ■

Werde aktiv!

Du möchtest weiter Deine Rechte behalten und gegen maßlose ACTA-Regeln kämpfen? Politik wird von Menschen gemacht. Fünf Tipps für den Kampf gegen ACTA:

► **Informiere Dich:** Unter www.piratenpartei.de und www.stopp-acta.info findest du jede Menge Hintergrundinformationen.

► **Informiere andere:** Übersetze Dein neues ACTA-Wissen in ganz praktische Alltagsprobleme. Was bedeutet ACTA für Deinen Urlaub, das Vereinsvideo, Dein Web-Forum?

► **Rede mit Deinem EU-Abgeordneten:** Nicht mit allzuviel Zeiteinsatz, aber wenn eine Gruppe von Menschen wie der örtliche Sportverein ACTA ablehnt ist das wahlrelevant.

► **Schreibe Leserbriefe:** Lokale Zeitungen und Anzeigenblätter erreichen insbesondere die ältere Offline-Generation.

► **Verbünde Dich:** Werde Mitglied in einer ACTA-skeptischen Organisation wie der Piratenpartei, dem CCC, dem FoeBuD e.V. und unterstütze sie mit Deinem Beitrag.



ReSET! Piraten wagen Neustart in der Sozialpolitik

CC-BY-SA: Kaperbrief Berlin

SOZIALPOLITIK Ein Interview des Kaperbrief Berlin mit Georg Jähnig und Frank Mai

Auf dem Bundesparteitag in Chemnitz (20./21.11.2010) wurde mit der Zustimmung des Antrages von Georg Jähnig ein Beschluss zum Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe, kurz ReSET, gefasst. Darin steht: „Die Piratenpartei setzt sich (...) für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen.“

Kaperbrief (KB): Georg Jähnig, siehst du die Annahme deines Antrags als Beschluss der Piraten für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)?

Georg Jähnig (GJ): Wir haben uns mit überwältigender Mehrheit für ein Ziel ausgesprochen, zu dem das BGE ein passendes Mittel sein kann, aber nicht muss. Ein anderes Mittel könnte z.B. eine bedingungslose Grundsicherung sein, die Leistungen nur an Menschen mit zu niedrigem Einkommen auszahlt. Ich finde jedoch, dass in der sonstigen BGE-Diskussion eine Frage eigentlich die zentrale Rolle spielt: „Soll jeder Mensch in Würde leben können, egal was er tut oder was er lässt?“ Die Piraten haben hier mit deutlicher Mehrheit mit ja geantwortet.

Im Übrigen halte ich die Frage nach „BGE ja oder nein?“ inzwischen für viel ungenauer als die Frage „Existenz und Teilhabe bedingungslos für jeden ja oder nein?“. Als BGE kursieren nämlich auch Modelle, deren Höhe und Ausgestaltung das nicht abdecken würde.

Frank Mai (FM): Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) wurde bundesweit noch nicht explizit beschlossen. Jedoch verabschiedeten die Berliner Piraten schon auf ihrer

Landesmitgliederversammlung im Oktober 2010 ebenfalls fast einstimmig zusätzlich ein Positionspapier, in dem Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen gemäß der vier Kriterien des Netzwerkes Grundeinkommen aussprechen, nämlich, dass es eine existenz- und teilhabesichernde Höhe hat, ein individueller Rechtsanspruch besteht, keine Bedürftigkeitsprüfung anfällt und kein Zwang zur Arbeit besteht.

Zu diesem Positionspapier kamen wir leider auf dem Bundesparteitag nicht mehr.

KB: Wie wollt ihr weiter vorgehen, damit das Grundeinkommen fester Bestandteil des Programms der Piraten wird?

GJ: Wir „BGE-Piraten“ wollen nun umfassend über die schon bestehenden Modelle informieren, so dass vor allem erst einmal viele Unklarheiten und Missverständnisse beseitigt werden, die oft ums BGE kreisen. Einen Anfang macht ein sehr ausführliches Audio-Interview mit Ralph Boes, der alle Details des sogenannten „Konsumsteuer-Modells“ erklärt, das vor allem durch den Drogerieunternehmer Götz Werner bekannt wurde.

FM: Um die Diskussion darum, wie wir ReSET konkret umsetzen wollen, zu beleben, haben wir jetzt die AG ReSET gegründet, die die Internetseite www.projekt-reset.de betreibt.

Hier wollen wir die wichtigen volkswirtschaftlich relevanten Daten sammeln, bestehende Konzepte von anderen Initiativen auswerten, eigene Ideen entwickeln und in Konzepte gießen.

Wir arbeiten sowohl an der Ausformulierung eines auf einer Konsumsteuer basierenden Modells als auch an einem Modell mit Negativer Einkom-

menssteuer, bei dem das Grundeinkommen mit der Einkommenssteuer verrechnet wird.

KB: Die Presse hat den Beschluss sehr unterschiedlich interpretiert. Teils war von einer klaren Positionierung für das BGE die Rede, teils wurde gar ein Linksruck oder die Positionierung als linksliberale Partei ausgemacht. Wie seht ihr das?

FM: Die Mitglieder der Piraten waren in ihrer Mehrheit meiner Ansicht nach schon immer eher im sozialliberalen Bereich, wenn man diese Positionsbeschreibung wirklich verwenden will. Es wurde nur noch nie so deutlich wie mit diesen Beschlüssen. Wir sind in gesellschaftlichen Fragen wie etwa der Queer- und Familienpolitik, der Suchtpolitik oder der Bildung deutlich liberaler als die Grünen, ganz zu schweigen von der FDP. Ich finde, eine wirklich liberale Bürgerrechtspartei, die ein gesellschaftliches Gewissen hat, hat diesem Land wirklich gefehlt.

GJ: „Links-Ruck“ suggeriert ja, wir hätten unsere Positionen verändert. Aber gerade bei Sozialpolitik oder auch bei Familienpolitik hatten wir vorher gar keine Position im Programm - also konnten wir da auch nichts ändern. Vielmehr haben wir uns erweitert - unsere bisherigen Werte und Ansätze z.B. aus der Netzpolitik übertragen auf die neuen Bereiche.

Wenn es nun Menschen hilft, uns „linksliberal“ zu nennen, um uns besser einordnen zu können, dann will ich nichts dagegen haben. Ich selbst finde nur solche Begriffe sehr verkürzend und damit wenig hilfreich. Gerade die sehr vielfältige BGE-Szene zeigt, mit welchen verschiedenen Hintergründen Menschen sich zu einem Thema zusammenfinden können.

Je komplexer die Welt und damit die zu treffenden politischen Entscheidungen werden, desto weniger kann man Politik mit solchen Etiketten einordnen. Gerade deshalb setzen wir Piraten uns ja auch für mehr Direkte Demokratie und Liquid Democracy ein. II

Links:

Original-Antrag zu ReSET:
 ▶ <http://piraten.in/reset2010>

Die AG ReSET:
 ▶ www.projekt-reset.de

Audio-Interview mit Ralph Boes:
 ▶ <http://piraten.in/8g4>

Zu den Personen:

Georg Jähnig, 30 Jahre, lebt in Berlin, Programmierer und Student der Computerlinguistik; neben BGE auch Beschäftigung mit Kinderrechten und Demokratischen Schulen bei Krätzä.

Frank Mai, 36 Jahre, Mitglied der bundesweiten AG Bedingungsloses Grundeinkommen der Piratenpartei Deutschland, brachte das Thema in den letzten Monaten in der Partei entscheidend voran. Für ihn stehen sowohl das BGE als auch die Piraten für eine liberale und soziale Politik.

Deutschland und die Demokratie

IM NAMEN DES VOLKES Wo bleibt die Bürgerbeteiligung?

CC-BY-SA: Tobias Raff

Als in Deutschland gegen Ende der Restauration 1848 die Revolution begann, stand das Land vor einem neuen Bewusstsein. Die absolutistischen Strukturen wurden aufgebrochen, den Monarchen die Macht genommen und es entwickelte sich ein vollkommen neuer Begriff: die Volkssouveränität. Erstmals wurde die politische Macht in die Hände des Volkes gelegt.

Über einhundertfünfzig Jahre später haben wir eine föderale Republik als Staatsform, eine auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität basierende Verfassung und ein freies Parlament. Und dennoch ist unsere Gesellschaft bei weitem nicht perfekt! Wir schaffen es in einem Staat mit sozialer Verantwortung nicht, den Schwachen wirksam zu helfen. Machtbefugnisse und deren Missbrauch erstrecken sich fast durch die gesamte Ebene der Politik, es werden vollkommen sinnfreie Gesetze erlassen, die einige wenige verfügen, und Entscheidungen durchgesetzt, die ebenfalls von einigen wenigen getroffen wurden. Für die

se Missstände ist es jetzt dringend an der Zeit, Auswege zu suchen, Alternativen zu finden und die Probleme zu lösen. Das Werkzeug kann und darf hier nur das demokratische sein. Die Bürger unseres Landes fordern dieses immer vehementer ein. Und zu Recht.

Unser Nachbar, die Schweiz, macht dies übrigens fast beispielhaft vor. Hier wird die direkte Demokratie gelebt und der Grundsatz in unserer Verfassung (Artikel 20, Abs.2) „Alle Staatsgewalt liegt beim Volke“ so verstanden, wie er ursprünglich einmal gemeint war. Das geht soweit, dass die Bürger dort sogar theoretisch die Todesstrafe nur per Entscheidung wieder einführen könnten, wenn sie denn wollten. Hier macht der Staat das einzig Richtige: er vertraut auf die Mündigkeit seiner Bürger. Für das neu erwachte Bewusstsein vor allem in Deutschland gibt es viele Beispiele. Die Atomkraft gemeinsam mit den Castor-Transporten, der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag oder

die politischen Entscheidungen über die Köpfe der Hartz IV-Empfänger hinweg. Keines ist jedoch so sinnbildhaft dafür, wie Stuttgart 21. Als vor fünfzehn Jahren damit begonnen wurde Stuttgart 21 den Weg zu ebnen, hat sicherlich niemand damit gerechnet, was damit ins Rollen gebracht würde. Damals waren die politischen Umstände noch etwas anders als heute und das Vertrauen in die Politik ungleich größer als heute. Aber auch damals schon erhoben sich erste Stimmen gegen das Projekt. Unter dem Anschein einer demokratischen Beteiligung der Wähler wurde dieses Projekt juristisch durch alle Instanzen geführt. Die wirkliche Volksbeteiligung lag bis heute knapp über Null.

Hier haben sich Unzufriedenheit und Aggression über anderthalb Jahrzehnte angestaut und als am 30. September 2010 die Entscheidung zum Baubeginn im Stuttgarter Schlosspark dann mit Polizeigewalt und Wasserwerfern durchgesetzt wurde, war ein Höhepunkt

erreicht. Wohlgermerkt gingen diesem Ereignis monatelange immer friedliche Demonstrationen gegen Stuttgart 21 voraus.

Den Bürgern, denen noch vor einigen Jahren vom Oberbürgermeister Stuttgarts ein Volksentscheid versprochen wurde, platzte mehr als nur der Kragen. Der Widerstand gegen Stuttgart 21 wurde zum Synonym nach der Forderung zum mehr Bürgerbeteiligung und gegen die Staatswillkür in unserem Land. Mittlerweile werden Modelle diskutiert, wie zukünftig diese neue Bürgerbeteiligung aussehen könnte.

Ob es nun Bürgerbefragungen, Bürgerentscheide oder Volksentscheide sind, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht so wichtig. Viel wichtiger ist, dass dieses neue Bewusstsein nicht an Momentum verliert. Einmal in Gang gebracht ist es nämlich nicht mehr aufzuhalten. Aber dafür ist tägliches Engagement unabdinglich. Es ist dennoch ein fern gestecktes Ziel – aber mit Entschlossenheit und Fleiß ein durchaus erreichbares! ■

SWIFT: Datenmine für die USA

CC-BY-SA: Michael Renner / Flaschenpost

SWIFT, ein System, das es ermöglicht, weltweit Geld zu überweisen, ist ins Gerede gekommen.

Dabei ist SWIFT selbst eine tolle Sache. Nur die vom EU-Parlament hoch offiziell abgesegnete Spionage durch die USA ist ein Skandal. Doch wie kam es zu SWIFT und den Begehrlichkeiten Washingtoner Politiker? Nun, lange gab es kein einheitliches System um Überweisungen auf ausländische Konten vorzunehmen. Jeder Transfer war mit Briefen und Telefonaten verbunden, was Bankmitarbeiter lange beschäftigte und so die Kosten in die Höhe trieb. Für den entstehenden Welthandel waren diese Summen zwar ärgerlich, fielen im Vergleich zur überwiesenen Summe aber kaum ins Gewicht.

Anders sah das für kleine Import-Export-Vorhaben aus, auch für Gastarbeiter, die ein wenig Geld in die Heimat transferieren wollten. Die nutzten oft Auslandsschecks, die im Vergleich zu einer Inlandsüberweisung unanständig teuer waren. Ich erinnere mich daran, in den frühen '90er Jahren für einen Auslandsscheck rund 30 DM gezahlt zu haben.

Aber zurück zu SWIFT: 1973 wurde SWIFT in Belgien gegründet. Man nutzte die damals moderne Fernschreibtechnik, um Nachrichten über anstehende Transaktionen zwischen den Banken auszutauschen. Man kann sich die damalige Zentrale als alleinigen Knotenpunkt aller angeschlossenen Banken vorstellen. Heute sind die Fernschreiber natürlich durch Da-

tenbanken ersetzt, und statt Fernschreibleitungen transportieren Datenleitungen die Nachrichten über ein spezielles transaktionssicheres Protokoll zwischen Banken, Brokern und Börsen. Im Lauf der Jahre wurden Überweisungen ins Ausland dank SWIFT immer günstiger. Heute verlangen viele Banken für eine SWIFT-Überweisung keine extra Gebühren mehr. Leider haben Finanztransaktionen auch mit Terrorismus und Wirtschaftsspionage zu tun.

Die amerikanische Geheimdienste CIA und NSA verschafften sich nach den Terroranschlägen 2001 Zugang zu den Datenbanken von SWIFT. Dabei ermittelten sie neben Transaktionen zur Unterstützung von Terroranschlägen auch Trans-

aktionen, die für die amerikanische Wirtschaft interessant waren: geheime Kaufsummen, die Höhe von Managergehältern und geflossene Schmiergelder, exemplarisch die Bestechungsgelder von Siemens für griechische Staatsaufträge.

Nachdem diese Datenspionage von einigen US-Zeitungen publik gemacht wurde, versuchte die US-Regierung den Datenzugriff per Gesetz legalisieren zu lassen. Während die EU-Kommission keine Bedenken wegen der Datenweitergabe hatte, sperrte sich das EU-Parlament gegen die Herausgabe der Daten an die USA. Letztlich gaben die Parlamentarier in Straßburg ihren Widerstand jedoch auf und stimmten einer Datenweitergabe an US-Behörden zu. ■

Sie kommen in der Nacht

VERBRAUCHERSCHUTZ Fax-Spamming ist nicht nur ärgerlich

Es gib nicht nur Spam über den Emailaccount, sondern auch durch Fax. Spam allein schon deshalb, weil meines Wissens keiner die Fax bestellt hat. Der Spam nervt nicht nur, er kostet auch Toner und Papier. Zudem raubt er unter Umständen, wenn das Fax Geräusche macht, auch den Schlaf. Denn Spam-Faxe kommen häufig zu Zeiten, wo die Menschen noch im Bett liegen.

Wenn man solche Faxe empfängt, kann man deren Absender aus dem Speicher des Faxes teilweise ausdrucken lassen. Bekannte Nummern sind folgende für den Swiss Money Report 00447005980258 bzw. 00447006980268 und für Diverse andere Angebote die 00447005800289. Zu diesen diversen Angeboten zählen Kunstpflanzen, Flaggenmasten, Büromöbel oder Generatoren.

An die Nummern sollte man tunlichst eine Antwort unterlassen, denn sie scheinen kostenpflichtige Nummern zu sein. Die Nummern stehen in Zusammenhang mit weiteren holländischen Telefonnummern von denen schon ebenfalls Spamfaxe empfangen wurden. Diese gehören folglich zum selben „Dienstleister“ gehören (s. Kasten). In den Faxen werden Internetadressen (s. Kasten 2) erwähnt. Auf den Internetseiten kann man weitere Informationen finden zu den Verantwortlichen. Für den Spamfax Swissmoneyreport ist die Altanus Private Media Services Ltd. mit Hauptsitz in Grossbritannien verantwortlich. Steht jedenfalls so auf der Webseite des Swiss Money Reports. Für die anderen Spam-Faxe scheint ein Mark Grieser, Telefon 0031848362642 verantwortlich zu sein, der zumindest auf der Webseite von Tool80 angegeben ist. Wobei der Name verdächtig deutsch für eine niederländische Telefonnummer erscheint. Auch die Sprache der Seite ist Deutsch. Von dem Spam werden, laut Recherchen im Internet, Dinge angeboten,

welche zu teuer sind und deren Qualität zu wünschen übrig lassen scheint.

Was kann man nun gegen solche Faxspammer tun? Man sollte keinesfalls die angegebenen Rufnummern oder Emailadressen verwenden. Vielleicht hört der Spam dann sogar auf, allerdings haben die Spammer dann sogar etwas wertvolles. Eine bestätigte Faxnummer mit Emailadresse und vielleicht sogar noch Namen und Anschrift. Für solche Informationen bekommen Adresshändler viel Geld. Desweiteren sind die angegebenen Faxnummern für den Absender u.U. mit Zusatzkosten verbunden. Die Robinsonliste ist gegen dreiste Faxspammer mit ausländischer Absendeadresse leider kein Mittel. Eine einfache erste Maßnahme ist das nächtliche Abschalten. Der nächtliche Versand ist ein Nebeneffekt der geringeren Kosten für den nächtlichen Versand. Wenn man technisch versiert ist, kann man natürlich auch versuchen zu ermitteln wer hinter der jeweiligen Webseite steckt. Dann kann

man entweder direkt den Provider oder die zuständige Behörde anschreiben. Einige weitere vielleicht hilfreiche Hinweise zum Thema findet man im Wiki von www.antispam.de unter dem Suchbegriff „Fax-Spam“.

Wie die Spammer an die Faxnummern kommen ist unklar. Es könnte sein, dass diese die Nummern von anderen Firmen bekommen. Möglicherweise auch von Adresshändlern. Es ist grundsätzlich besser sparsam mit seinen Daten zu sein. Also alles was nicht unbedingt notwendig für die Abwicklung einer Transaktion ist, sollte man weglassen. Die Bundesnetzagentur hat für Beschwerden auf ihrer Seite die entsprechenden Behörden in den einzelnen Ländern verlinkt. Wobei die Kenntnis der Landessprache oder zumindest von Englisch von Vorteil ist. Innerhalb der EU sind die Webseiten der zuständigen Regulierungsbehörden unter <http://piraten.in/8h7> zu finden und für den Rest der Welt unter <http://piraten.in/8h6>

Da in beiden beschriebenen Fällen sowohl britische wie

auch niederländische Nummern verwendet werden, sind natürlich die jeweiligen Behörden vor Ort zuständig. Man sollte bedenken, dass je mehr sich bei den zuständigen Stellen beschweren, desto eher dürften diese Stellen etwas unternehmen. Für Absender von Spamfaxen in Deutschland ist natürlich die Bundesnetzagentur verantwortlich und sollte dort gemeldet werden.

Bekannt Absendernummern von Faxen:

- ▶ 0031848396158
- ▶ 0031848325038
- ▶ 0031848392780
- ▶ 0031848356603
- ▶ 0031848307962

Auf Faxen angegebene Internetseiten:

- ▶ www.pflanzen300.com
- ▶ www.flaggen4u.com
- ▶ www.chefsessel-europa.com
- ▶ www.tools80.com
- ▶ www.engine100.com
- ▶ www.swissmoneyreport.net
- ▶ www.smr-newsletter.com



Emotionale Intelligenz und Technokratie

GESELLSCHAFT Sind wir emotional fit für kommende Technologien?

CC-BY-SA: Tobias Raff

Emotionale Intelligenz ist per definitionem der Sammelbegriff für die Fähigkeiten des Einzelnen mit den eigenen Gefühlen und denen der Mitmenschen umgehen und diese in einen optimalen Kontext bringen zu können.

Der Begriff wurde bereits 1990 durch Salovey und Mayer das erste Mal geprägt und 1999 durch Daniel Goleman's Buch „EQ“ einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt, wobei die Abkürzung EQ irreführend ist, da emotionale Intelligenz kein direkter Quotient ist und somit per se nicht konkret gemessen werden kann.

Professor Howard Gardner von der Harvard Universität behauptet, dass die Emotionale Intelligenz die Lücke zwischen dem subjektiven emotionalen ICH und dem rationalisierten Objekt der Aussenwelt schliesst, indem es diese ebenfalls niveaugleich emotionalisiert. Die emotionale Intelli-

genz besteht aus folgenden fünf Kernpunkten:

Der Selbstbewusstheit, der Selbstmotivation, der Selbststeuerung, der sozialen Kompetenz und der Empathie. Die ersten drei sind unmittelbar ichbezogen, die letzten beiden wirken exozentrisch. Ist aber nur einer dieser Punkte beim Individuum unterentwickelt, oder fehlt gar ganz, so kann dies im sozialen Umfeld zu massiven Schwierigkeiten, angefangen bei der soziokulturellen Isolation bis hin zur Soziopathie, also der Erscheinungsform des Gesellschaftsfeindes, führen.

Die Frage, die sich nun jedoch stellt, ist die, in welchem Zusammenhang die emotionale Intelligenz mit der jeweilig vorhandenen Gesellschaftsform steht. Während der rasanten technischen Entwicklungen des letzten Jahrhunderts hat sich der Begriff der Technokratie herausgehoben, also die Erklä-

rung eines Gesellschaftsbildes, welches sich durch Sachzwänge, technischen Fortschritt und Wissenswachstum als Zielvorstellung der Gesellschaft definiert. Längst bekannte Statistiken haben gezeigt, dass sich das Wissen der Menschheit alle paar Jahre verdoppelt.

Die Gesellschaft wird immer mehr rationalisiert und das Bild des homo technicus ist entstanden. Diese Menschenbild hat seine Ursprünge bereits im 17. Jahrhundert bei Francis Bacon (siehe NEW ATLANTIS).

Es ist bedauerlicherweise anzunehmen, dass mit dem weiteren technischen Fortschritt, und der damit verbundenen Kommunikation ausserhalb der direkten Persönlichkeitsebene, die emotionale Intelligenz Stück für Stück degeneriert. Die zunehmend beobachtete Verrohung der Gesellschaft und die emotionale Verkümmern ganzer Bildungsschichten scheinen hier Recht zu geben.

Es darf nicht vergessen werden: Erst durch die emotionale Intelligenz wurde der technische Fortschritt ermöglicht. Man denke z. B. an James Watt, Thomas Alva Edison, die Gebrüder Wright, Konrad Zuse und unzählige andere!

Alle hatten einen zutiefst emotionalen Traum, die Gesellschaft, und damit meinten sie damals die Menschheit als Kollektiv, mit ihren Erfindungen zu verbessern und zu qualifizieren.

Und trotz dem technischen Fortschritt verfügt noch immer fast jeder mehr oder minder über die wichtigste Eigenschaft, die über allem steht: den freien Willen. Die Fähigkeit für sich selbst zu entscheiden.

Mit dieser Eigenschaft können wir selbst in einer hochgradig technokratischen Gesellschaft wie der unseren Mensch im anthroposophischen Sinne bleiben. Wir müssen nur wollen. II

Klarmachen zum Ändern ...

ulrics@kompass.im

... des Stromanbieters. Die Preise für Strom steigen seit Jahren, wie so ziemlich jeder bemerkt hat. Auf den ersten Blick wirkt der Anbieterwechsel recht kompliziert. Das ist er aber nicht. Ändern des Anbieters geht ganz einfach. Zuerst muss man sich klarwerden, was man möchte.

Will man den Strom möglichst günstig haben? Oder soll er wirklich frei von Atomstrom also richtiger Ökostrom sein? Der Ökostrom, den man bekommt, ist interessanterweise fast immer Wasserkraft. Was durchaus umgewandelte Atomkraft sein kann.

Das läuft dann wie folgt: Bei einem Pumpspeicherkraftwerk wird unter anderem mit Atomstrom Wasser nach oben gepumpt. Anschließend läuft dieses durch Turbinen und erzeugt „saubere“ Wasserkraft. Man könnte so etwas auch als eine

Stromwäsche bezeichnen. Soll es waschechter Ökostrom sein empfiehlt sich über die Internetseite des BUND zu gehen: <http://piraten.in/naturstrom>

Ist man sich darüber im Klaren welche Art Strom man haben möchte, kann man die Anbieter vergleichen, z.B. über das Portal verivox.de.

Dazu braucht man nur den Jahresverbrauch von seiner letzten Stromrechnung.

Wenn man sichergehen will, kann man auch den Höchstverbrauch der letzten Jahre nehmen. Diesen Verbrauch gibt man ein und erhält verschiedene Anbieter. Die Preise werden mit dem des lokalen Grundversorgers verglichen.

Man sollte auf die Laufzeit des Vertrages achten und ob eine Preisgarantie dabei ist.

Ebenfalls nicht uninteressant ist, wer hinter der Firma steht und ob man Vorkasse leisten muss. Wenn man Pech hat, könnte das Geld weg sein, dies sollte bei Anbietern mit Stadtwerken oder Großanbietern im Hintergrund nicht der Fall sein.

Den Vertrag kann man dann direkt auf der Internetseite des Anbieters abschließen. Glücklicherweise ist es hier auch besser als beispielsweise bei Telefonanbieterwechsel - wenn Sie den Anbieter wechseln, müssen Sie auch keinerlei Angst haben, vorübergehend keinen Strom zu haben.

Wenn man sich über eine nicht nachvollziehbare Strompreiserhöhung aufregt, besonders wenn man sich die Preise



CC-BY-SA: Michael Hoefner

für Strom an der Strombörse im Vergleich anschaut (<http://piraten.in/strompreise>), kann man natürlich auch erst einmal bei seinem Anbieter nachfragen, was die Erhöhung soll. III

Die PIRATEN

VIRTUELLER ALBTRAUM

Wir stehen am Anfang einer „Digitalen Revolution“. Digitale Technologie wird unser Leben massgeblich bestimmen. Wie damals als der Buchdruck ein neues Zeitalter einläutete so hat dies auch das Internet getan. Die Piratenpartei möchte die Gefahren der Technologie erkennen, abwehren und die Chancen nutzen.

Die neu geschaffenen technischen Möglichkeiten sollen dazu genutzt werden, einen „gläsernen Staat“ zu schaffen, der den Menschen dient. Sie dürfen nicht dazu missbraucht werden, einen „gläsernen Menschen“ zu schaffen, der dadurch in seinen Menschenrechten beschnitten wird. Um dies zu erreichen, müssen neue Wege gefunden werden, die der aktuellen Situation gerecht werden. Auch der Datenschutz muss endlich an die aktuelle Situation angepasst werden.

Es darf nicht sein, dass ungeeignete Gesetze und Regelungen beschlossen werden, die sich gegen die Interessen der Bürger richten. In letzter Zeit haben sich solche ungeeigneten Gesetze und Regelungen stark vermehrt.

Die Piratenpartei ist interaktiv. Sie funktioniert nicht vom Zuschauen sondern durch reger Beteiligung, jeder so wie er kann. Auf Mailinglisten kann man sich im Thema seiner Wahl einbringen. Die vier Grundsäulen der Piraten sind die Stärkung der Bürgerrechte, eine transparente Politik, freie Bildung und ein zeitgemäßes Urheberrecht. Wenn einem diese Ziele am Herzen liegen, sollte Mensch sich einbringen. **II**

